

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Der Oberbürgermeister -		Datum 20.08.2008
Dezernat II	Amt FB 02	<b>Öffentlichkeitsstatus</b> öffentlich

**I N F O R M A T I O N**

**I0247/08**

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	26.08.2008	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	10.09.2008	öffentlich
Stadtrat	02.10.2008	öffentlich

Thema: Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.06.2008

**1. Gesamteinschätzung Verwaltungshaushalt**

Einschätzung zum Verwaltungshaushalt

Das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes per 30.06.2007 ist negativ und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	<b>Ergebnis 30.06.2007</b>	<b>Ergebnis 30.06.2008</b> - in EUR -
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	263.371.690,03	283.862.327,71
- Abgang alter Kassenreste (C)	3.690.935,98	6.322.235,01
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste (A)	0,00	0,00
+ Globalbereinigung aus dem Vorjahr (B)	4.205.000,00	12.610.000,00
= Summe bereinigte Soll-Einnahmen (E)	<u>263.885.754,05</u>	<u>290.150.092,70</u>
Anordnungssoll – Ausgaben (L)	300.036.679,53	306.192.105,52
- Abgang alter Haushaltsausgabereste (-A)	67.156,00	24.090,00
= Summe bereinigte Soll-Ausgaben (E)	<u>299.969.523,53</u>	<u>306.168.015,52</u>
<b>Ergebnis:</b>	<b><u>-36.083.769,48</u></b>	<b><u>-16.017.922,82</u></b>
darin enthalten:		
Deckung von Soll-Fehlbeträgen Vor-Vorjahr	84.239.164,65	86.033.871,25

Der Haushaltsvergleich stellt sich wie folgt dar:

- in EUR -

	<b>Haushaltsplan 2008</b>	<b>ber. Soll – Einnah- men/Ausgaben (E) 30.06.2008</b>	<b>Erfüllung 30.06.2008</b>	<b>Vergleich Erfüllung 30.06.2007</b>
Ausgaben	447.322.400	290.150.092,70	64,8 %	62,1 %
<b>Fehlbedarf</b>	<b>540.909.200</b> <b>93.586.800</b>	<b>306.168.015,52</b>	<b>56,6 %</b>	<b>55,8 %</b>

Die Erfüllung der Einnahmen mit 64,8 % zum Jahresplan 2008 beinhaltet die Jahresanordnung bei wiederkehrenden Einnahmen, wie z. B. bei Realsteuern und Mieteinnahmen, so dass vom derzeitigen Ergebnis nicht auf entsprechende Mehreinnahmen zum Jahresende geschlossen werden kann.

Am 30.04.2008 wurde eine OB-Verfügung zur Budgetsperre erlassen, um die in der Haushaltsdurchführung 2008 bestehenden Risiken (Deckungskreis KIFÖG mit 2,3 Mio. EUR, Mindereinnahmen aus der Neuregelung des Aufnahmegesetzes mit 2,1 Mio. EUR) abdecken zu können. Es wurde eine Budgetsperre in Höhe von 2,5 % mit einem Volumen von 1,3 Mio. EUR, die eine Budgetkürzung der Budgets 0 – 6 im laufenden Haushaltsjahr zwingend notwendig machen, veranlasst.

Die Inanspruchnahme der Ausgaben mit 56,6 % der geplanten Ausgaben ist unter Berücksichtigung der Budgetsperre mit ihren Kürzungen als vertretbar einzustufen.

Die höhere Deckung des Soll-Fehlbetrages in 2008 (2006: 86,1 Mio. EUR; 2007: 84,2 Mio. EUR) im Unterabschnitt 92000 mit 86,0 Mio. EUR bildet die entscheidende Mehrausgabe im Vergleich zum Vorjahr.

## 1.1 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Gruppierungen

### Einnahmen

Die *Realsteuern* weisen per 30.06.08 folgenden Erfüllungsstand aus. Die Einnahmen aus allen Steuerarten (Grupp.-Nr. 00-03) per 30.06.08 betragen 122,9 %. Zum Jahresende werden voraussichtlich 11 Mio. EUR Mehreinnahmen entstehen. Die Einnahmeergebnisse (E) betragen per 30.06.2008 für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 11,8 Mio. EUR (35,9 %) und der Umsatzsteuer 3,6 Mio. EUR (25,2 %). Die Gewerbesteuerentwicklung ist derzeit schwer einschätzbar. Die avisierte Mehreinnahme in Höhe von 8 Mio. EUR ist mit erheblichen Unsicherheiten bezüglich der tatsächlichen Entwicklung der Gewerbesteuervorauszahlung sowie der Auswirkungen aus der Unternehmenssteuerreform 2008 behaftet. Erst im IV. Quartal 2008 lässt sich die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen sicherer einschätzen. Darüber hinaus wirken notwendige Bereinigungen zum Jahresende auf nicht erlösbare Haushaltseinnahmereste negativ auf das Rechnungsergebnis der Gewerbesteuer.

Fernerhin sind einmalige Mehreinnahmen bei den allgemeinen Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. Hier waren Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von 134,9 Mio. EUR und eine Zuweisung aus der Konsolidierungspartnerschaft mit dem Land in Höhe von 4,7 Mio. EUR geplant. Mit Bescheid vom 06. Februar 2008 setzte das Land Sachsen-Anhalt die Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) für das Haushaltsjahr 2008 fest. Danach ergeben sich für die Landeshauptstadt Magdeburg allgemeine Zuweisungen in Höhe von 140,7 Mio. EUR. Im Rahmen der Konsolidierungspartnerschaft mit dem Land erfolgt hier eine einmalige Verteilung der im Landeshaushalt 2008 zusätzlich bereitgestellten Mittel für die kreisfreien Städte, wovon für die Landeshauptstadt Magdeburg 5,0 Mio. EUR bereitgestellt werden. Derzeit ist die Fortführung dieser Zuweisung an die kreisfreien Städte ab dem Haushaltsjahr 2009 ff. offen. ***Die relativ gute Einnahmeschätzung im Steuerbereich sowie der Entwicklung bei den Landeszuweisungen wird jedoch vollständig durch Mehrausgaben im sozialen Bereich sowie aus Tarifierhöhungen aufgebraucht (siehe Darstellung der Ausgabenentwicklung).***

Die *Einnahmen aus der Umsetzung des SGB II (Grupp.-Nr. 092/093)* wurden gegenwärtig mit 13,7 Mio. EUR (53,3 %) erfüllt und werden voraussichtlich in voller Planungsgröße vereinnahmt. Bei der Leistungsbeteiligung für Kosten der Unterkunft (Grupp.-Nr. 191) zeichnen sich Mindereinnahmen in Höhe von ca. 8,0 Mio. EUR ab. Bisher wurden erst 36,5 % kassenwirksam. Die fehlenden 8,0 Mio. EUR müssen innerhalb des städtischen Haushaltes kompensiert werden.

Im Berichtszeitraum wurden *Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten (Grupp.-Nr. 10, 11, 12)* mit 52,4 % erwirtschaftet und entwickeln sich planmäßig. Die Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten und sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (Grupp.-Nr. 13, 14, 15) betragen 77,7 %. Eine endgültige Einschätzung für das Jahresende kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen.

Die Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes (Grupp.-Nr. 16) weisen im Berichtszeitraum einen Erfüllungsstand von 30,4 % und für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (Grupp.-Nr.17) von 98,7 % aus.

Die *Einnahmen vom Land (Grupp.-Nr. 161)* sind mit 45,5 % und (*Grupp.-Nr. 171*) mit 92,1 % realisiert. Die Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für die Tageseinrichtungen für Kinder wurden mit 13,8 Mio. EUR fast umfänglich kassenwirksam.

Die Subventionen des Landes für die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs wurden mit 3.930.000 EUR geplant, das Anordnungssoll beträgt 2.250.000 EUR (57,2 %).

Für *Rückzahlungen von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen (Grupp.-Nr. 175)* wurden bislang 775.865 EUR vereinnahmt, davon außerplanmäßig 92.741 EUR von der GISE mbH und 583.666 EUR von der AQB mbH (bereits als Deckung für über-/außerplanmäßige Ausgaben gebunden).

Die *übrigen Finanzeinnahmen (Grupp.-Nr. 21 – 22)* weisen einen Erfüllungsstand von 25,0 % aus. Die Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen (hier: SWM GmbH) in Höhe von 9,3 Mio. EUR wurden per 30.06.2008 noch nicht angewiesen. Die Konzessionsabgaben werden mit einer Mehreinnahme in Höhe von 540 Tsd. EUR zum Jahresende eingeschätzt. Für den Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb v. Einrichtungen (Grupp.-Nr. 24 bis 25) wurden bisher 91,9 % angeordnet.

Einnahmen aus *Bußgeldern und Säumniszuschlägen (Grupp.-Nr. 260, 261)* sowie die Verzinsung von Steuernachforderungen (Grupp. 265) betragen im Berichtszeitraum 95,9 %. Aus diesen Gruppierungen könnten sich Mehreinnahmen zum Jahresende abzeichnen.

### Ausgaben

Die *Personalausgaben (Hauptgruppe 4)* wurden mit 53,1 Mio. EUR (47,5 %) in Anspruch genommen (Vorjahr 45,8 %). Der Anteil des Deckungskreises DKPK4 (Verwaltung) an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes per 30.06.08 beträgt 52,5 Mio. EUR (17,1 %).

Die Bildung des Haushaltsansatzes 2008 im Deckungskreis Personalausgaben berücksichtigte die tarifliche Anpassung der Entgelte ab 01.07.2007 um 1,5 % (Ost-Westanpassung), sowie die Stufensteigerung zum 01.10.2007 für die ehemaligen Angestellten. Weiterhin wurde die Anpassung der Entgelte für die Entgeltgruppen 1 bis 8 und teilweise für die Entgeltgruppe 9 auf 100 % Westniveau ab 01. Januar 2008 berücksichtigt.

Wie in den Vorjahren wurden die voraussichtlichen Ausgaben stellenplanbezogen und an Hand der Ist-Besetzung der Stellen zum Zeitpunkt der Planung (Mai/Juni 2007) ermittelt.

Durch Beschluss zum Haushalt wurde der ermittelte Bedarf an Personalkosten für das Jahr 2008 um 1,7 Mio. EUR (Maßnahme 112) reduziert. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Neuaufgabe der pwM beschlossen, sowie flankierend eine Wiederbesetzungssperre von 6 Monaten und die Reduzierung von zu besetzenden Stellen um jeweils 10 % des bisherigen Stellenvolumens. Dieses Einspar Soll aus der Maßnahme 112 wurde bis zum 30.06.2008 in einer Höhe von 636.000 EUR erreicht.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Haushaltsdurchführung im DKPK 4 war der Tarifabschluss am 31.03.2008. Dieser belastet den Deckungskreis in einer Höhe von ca. 3,2 Mio. EUR.

Die Verfügung des Oberbürgermeisters zur Stellenbesetzung sowie die Quotierung 25 % bei freiwerdenden Stellen hat bis zum 30.06.2008 eine Einsparung von 1.833,6 Tsd. EUR erwirtschaftet.

Das voraussichtliche Ist zum 31.12.2008 im Deckungskreis DKPK 4 weist nach wie vor einen nicht unerheblichen Fehlbedarf in Höhe von 2.650,1 Tsd. EUR aus.

Es ist daher erforderlich, die bisherigen Bemühungen in den Dezernaten, Fachbereichen und Ämtern weiter fortzusetzen, um den Fehlbetrag soweit wie möglich zu minimieren.

Um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wurde gemeinsam mit der Stadtparkkasse eine neue Aktion zur Entgeltumwandlung vereinbart, da die Entgeltumwandlung zum Zwecke der Altersvorsorge nach wie vor sozialversicherungsfrei bleibt und damit auch Einsparungen für den Arbeitgeber realisiert werden können. Es ist beabsichtigt, ab Mitte August 2008 die Beschäftigten gezielt anzusprechen und in den Räumen der Verwaltung während der Dienstzeiten die Beratung zu ermöglichen.

Die Tarifierhöhungen nach TVöD tangieren auch die Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Magdeburg und über Zuschusserhöhungen die freien Träger der Kindertagesstätten. Nach ersten Hochrechnungen werden für alle Eigenbetriebe insgesamt Personalkostenerhöhungen von 1,2 Mio. EUR erwartet, zuzüglich 1,2 Mio. EUR für die freien Träger (weitere Begründungen: s. Erläuterungen zu den Deckungskreisen, hier: KiFöG und **Anlage 2**).

Die *sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben (Grupp.-Nr. 50 - 66)* wurden mit 50,6 % in Anspruch genommen (Vorjahr 47,8 %). Hierin enthalten sind Ausgaben der Grupp.-Nr. 54 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen mit 63,7 % (Vorjahr 59,8 %). Die Mehrausgaben in der Gruppierung 54 beziehen sich u.a. auf die Kostenzahlung für Niederschlagswasser im Unterabschnitt Gemeindestraßen in Höhe von 4,2 Mio. EUR (91,0 %). Hier wird vom Dezernat VI die Überschreitung um 0,4 Mio. EUR angezeigt, die den städtischen Haushalt belasten.

Die *Leistungsbeteiligung nach SGB II (Grupp.-Nr. 69)* weist eine Inanspruchnahme von 59,8 % aus. Das Sozialamt schätzt zum Jahresende eine Mehrausgabe von 2,1 Mio. EUR ein (weitere Begründungen: s. Erläuterungen zu den Deckungskreisen und **Anlage 2**).

Mittel für *Zuweisungen an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen (Grupp.-Nr. 715)* sind bisher mit 34,2 % (Vorjahr 32,6 %) verausgabt worden. *Zuschüsse an Vereine und Verbände (Grupp.-Nr. 718)* sind in Höhe von 52,1 % (Vorjahr 48,8 %) ausgereicht worden. Dies ist u.a. der zeitnahen Haushaltsfreigabe geschuldet und können als planmäßige Entwicklung festgestellt werden.

Die *Leistungen der Sozialhilfe (Grupp.-Nr. 73 - 77)* wurden bisher mit 49,5 % (Vorjahr 57,9 %) ausgeschöpft. Für *sonstige soziale Leistungen (Grupp.-Nr. 78)*, dazu gehören die Leistungen für die Grundsicherung, die Leistungen nach dem USG und die Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden, sind bisher 60,5 % (Vorjahr 58,8 %) angeordnet worden. Der Zuschuss im DKSOZ wurde per 30.06.2008 in Höhe von 38,6 Mio. EUR mit 69,2 % (Vorjahr 70,1%) erfüllt. Nach Ermittlungen des Sozialamtes zeichnet sich für den Zuschuss des Deckungskreises Soziales (DKSOZ) eine Mindereinnahme von ca. 8,0 Mio. EUR u.a. aus der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Kosten der Unterkunft in Höhe von 31,2 % ab (weitere Begründungen: s. Erläuterungen zu den Deckungskreisen und **Anlage 2**).

*Zinsausgaben (Grupp.-Nr. 80)* wurden bisher in Höhe von 7,9 Mio. EUR = 46,1 % (Vorjahr 45,0 %) einschließlich der Zinsen für Kassenkredite gezahlt. Insgesamt kann es zum 31.12.2008 zu ca. 700,0 Tsd. EUR Minderausgaben kommen.

Im II. Quartal 2008 wurde die *Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt (Grupp.-Nr. 8600)* in Höhe von 9,0 Mio. EUR geleistet. Das entspricht einer Inanspruchnahme von 66,1 % (im Vorjahr 6,7 Mio. EUR, entspricht 48,4 %). Die Zuführung für zweckgebundene Ausgaben wie PPP-Paket 1 und für die Parkautomaten (HKK 120) erfolgen im III. Quartal 2008.

Der Soll-Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2006 in Höhe von 86,0 Mio. EUR wurde ausgeglichen.

Gesamtstädtisch betrachtet, stehen den Mehreinnahmen im Steuerbereich (11,7 Mio. EUR) und bei den allgemeinen Zuweisungen des Landes (6,1 Mio. EUR) finanzielle Risiken aus dem Sozialhilfesektor (11 Mio. EUR), aus dem Dezernat VI (1,5 Mio. EUR) und erhebliche Mehrausgaben aufgrund der Tarifanpassungen nach TvöD (6,5 Mio. EUR) gegenüber.

**Im zweiten Halbjahr 2008 ist auf eine konsequente Haushaltsdisziplin zu achten, um den geplanten Fehlbedarf in Höhe von 93,6 Mio. EUR bis zum Jahresende nicht zu überschreiten.**

## **1.2 Budgetabrechnung per 30.06.2008**

In der **Anlage 1** wird die zahlenmäßige Abrechnung der Budgets ausgewiesen. Die vom OB am 30.04.2008 verfügte Budgetsperre wurde in die Budgetzu- bzw. -überschüsse eingearbeitet. Von den Budgetverantwortlichen der Budgets 1, 4, 5 und 6 wird die Nichteinhaltung der vorgegebenen Budgets zum Jahresende angezeigt. Hier sind besonders die Budgetverantwortlichen der Budgets 5 und 6 gefordert, geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Die Inanspruchnahme aller budgetierten Haushaltsmittel zum 30.06.2008 beträgt 36,1 %.

Nach aktuellen Einschätzungen wird eine voraussichtliche Zuschussauslastung aller budgetierten Haushaltsmittel zum 31.12.2007 in Höhe von 29.527.430 EUR (106,7 %) erwartet. Dies bedeutet eine Haushaltsmehrbelastung von ca. 1.868.216 EUR.

Im Einzelnen wird nachfolgend über die Budgets informiert.

### Budget 0 – Bereich Oberbürgermeister

Der Zuschuss des Budgets 0 wurde mit 53,6 % in Anspruch genommen.

Die Inanspruchnahme der Ausgaben erfolgt nicht gleichmäßig über die Monate verteilt, sondern jeweils nach Terminplänen von Veranstaltungen und Ehrungen. Ebenso erfolgen Ausgaben für Repräsentationen und Städtepartnerschaften nicht kontinuierlich.

Insgesamt wird durch den Budgetverantwortlichen eingeschätzt, dass zum Jahresende die Auslastung des Budgets bei 100,0 % liegt.

#### Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Der Überschuss des Budgets 1 wurde per 30.06.2008 mit 65,0 % (Einnahmen 51,3 % und Ausgaben 45,9 %) erfüllt.

Die Einnahmerealisation mit den in Zusammenhang stehenden Ausgaben ist differenziert zu betrachten, da die Gebühren für Dokumente bei der Beantragung gezahlt werden und die Ausgaben ca. 8 Wochen später getätigt werden (Bürgerservice, Straßenverkehrsabteilung).

Durch bereits erteilte Aufträge, Ausschreibungen und Reservierungen sind z.B.:

- im Umweltamt	113.600 EUR
- im Bürgerservice	298.000 EUR
- im Amt für Brand- und Katastrophenschutz	232.100 EUR
- im Budget 1 für Miet- und Pachtzahlungen	316.800 EUR
- in der Straßenverkehrsabteilung	148.000 EUR
- bei Allg. Ordnungsangelegenh. u. SOD	38.500 EUR
- im Budget 1 für Bewirtschaftungskosten	294.400 EUR

gebunden und werden im III bzw. IV Quartal 2008 kassenwirksam.

Durch das Dezernat I wird derzeit eingeschätzt, dass der geplante Überschuss zum Jahresende um 180.000 EUR reduziert wird und begründet dies mit einer bisherigen Einnahmerealisation von nur 44,2 %, den steigenden Kraftstoffpreisen sowie erhöhte Reparaturkosten an Fahrzeugen im Amt 37. **Hier müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.**

#### Budget 2 – Finanzen

Der geplante Überschuss des Budgets 2 wurde per 30.6.2008 mit 358,26 % (Einnahmen mit 101,7 %, die Ausgaben mit 41,4 % ) übererfüllt.

Das positive Einnahmeergergebnis wird durch die Jahressollstellung der Miet- und Pachteinahmen in Höhe von 2.270.400,- EUR beeinflusst. Die Ausgaben wurden während der vorläufigen Haushaltsführung bis zur Freigabe des Haushaltes zum 20.02.08 sowie der Sperrung diverser Ausgaben im I. Halbjahr auf das Nötigste beschränkt. Im UA 88000 (Allgemeines Grundvermögen) wird ein großer Teil der Ausgaben (Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten für Hochbauten, Straßen und Wege - Winterdienst) erst im 2. Halbjahr kassenwirksam.

Hinsichtlich der Einhaltung des Budgets zum Jahresende wird eingeschätzt, dass der geplante Überschuss erreicht wird.

#### Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Der Zuschuss des Budgets 3 wurde mit 18,4 % (Einnahmen 28,8 %, Ausgaben 22,8 %) erfüllt.

In der Haushaltsdurchführung gibt es gegenüber der Planung Veränderungen einnahme- und ausgabeseitig in Höhe von 316.200 EUR, da die Bewilligung von Fördermitteln für das Projekt „Lokales Kapital“ direkt über das Landesverwaltungsamt erfolgt und das Projekt Regionalmanagement nicht mehr verlängert wird.

Bei geplanten Ausgaben, wie im Folgenden dargestellt, erfolgt die Realisierung ebenfalls erst im III. oder IV. Quartal:

- Expo Real, lokale Standortmessen, Existenzgründerv., Wirtschaftsforum	122.000 EUR
- für Sonderbeilagen, Infobroschüren, Flyer, Marketingmaßnahmen und Regionalpreis	112.100 EUR
- Gutachten in Verbindung mit städtischen Gesellschaften, Optimierung von städtischen Gewerbegebieten und zur Umsetzung des Tourismusleitsystems	59.900 EUR
- für Projekte der RKM und EU-Angelegenheiten, Präsentationen	83.000 EUR
- Instandhaltung, Unterhaltung und Wartung der tour Infrastruktur	25.000 EUR
- Mieten, Pachten und Bewirtschaftungskosten	62.000 EUR

Insgesamt wird durch den Budgetverantwortlichen eingeschätzt, dass zum Jahresende die Auslastung des Budgets bei 99,1 % liegen könnte.

#### Budget 4 – Bildung, Sport, Kultur

Der Zuschuss des Budgets 4 wurde mit 53,6 % (Einnahmen 51,4 %, Ausgaben 51,7 %) erfüllt. Im Berichtszeitraum wurden die Einnahmen im Fachbereich Schule und Sport (FB 40) mit 47,7 %, im Kulturbüro (Stabsstelle des Dezernates IV) mit 60,5 %, im Fachbereich Kultur, Stadtgeschichte und Museen (FB 41) mit 99,2 % und im Team Gesellschaftshaus mit 18,1 % erfüllt.

<b>Mindereinnahmen</b>	
<b>FB 40</b>	
Entgelte Schwimmhallen und Bäder/geringere Besucherzahl	420.300 EUR
Entgelte Wohnheim/ Mieterrückgang	30.000 EUR
Benutzungsgebühren VHS/weniger Teilnehmer	28.000 EUR
Rückzahlung Energie aus Vorjahr	17.100 EUR
Erstattung für Umschüler/berufliche Bildung weniger Umschüler genutzt	23.000 EUR
Mieten und Pachten/Rückgang der kurzfristigen Nutzung	15.900 EUR

Die Ausgaben im Berichtszeitraum wurden im FB 40 mit 52,0 %, in der Stabsstelle des Dezernates IV mit 49,8 %, im FB 41 mit 49,5 % und im Team Gesellschaftshaus mit 50,4 % in Anspruch genommen.

<b>Minderausgaben</b>	
<b>FB 40</b>	
Bewirtschaftungskosten Sportstätten	147.000 EUR
Schülerunfallversicherung/Rückgang Beitragsbemessung - Unfallkasse Zerbst	201.300 EUR
Schülerbeförderung/Schülerjahreskarten – Kassenwirksamkeit teilweise 2009	134.000 EUR

Vom Fachbereich Kultur werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Abweichungen der Teilbudgetvorgaben zum Jahresende prognostiziert. Die vorgegebene Sperre kann umgesetzt werden.

Der FB 40 weist darauf hin, dass zum Jahresende unter Berücksichtigung der gesperrten Ausgaben von 457.600 EUR der Zuschuss des Teilbudgets um voraussichtlich 52.800 EUR überschritten wird. Begründet wird die Überschreitung durch o. g. Mindereinnahmen.

Aus den oben gegebenen Erläuterungen schätzt der Budgetverantwortliche eine mögliche Überschreitung des Zuschusses des Budgets 4 zum Jahresende von insgesamt ca. 52.800 EUR ein.

**Hier müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.**

#### Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit

Der Zuschuss des Budgets 5 wurde mit 49,4 % (Einnahmen 49,0 %, Ausgaben 48,1 %) erfüllt. Zum Jahresende wird mit einer Überschreitung von ca. 524.300 EUR gerechnet. Die Budgetkürzung in Höhe von 230.100 EUR wurde umgesetzt, gleichzeitig wird mit einem Mehrbedarf gerechnet. **Hier müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.**

Der Mehrbedarf entsteht im Amt 51 u. a. im Bereich der Jugendsozialarbeit, Förderung der Erziehung in der Familie und der Hilfestellung für junge Volljährige in Höhe von voraussichtlich 373.200 EUR.

Im Amt 53 entsteht ein Mehrbedarf in Höhe von 74.000 EUR durch einen Anstieg der Friedhofs- und Bestattungskosten, die durch die Kommune entsprechend Bestattungsgesetz des Landes zu übernehmen sind und für die IT-Ausstattung zur Anwendung des Bewertungssystems für die Risikobeurteilung der Lebensmittelunternehmen lt. Runderlass vom Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes S-A vom 03.01.2007.

#### Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Zuschuss des Budgets 6 wurde mit 10,1 % (Einnahmen 86,5 %, Ausgaben 49,4 %) erfüllt.

Im Berichtszeitraum wurden die Einnahmen im FB 62 - Geodienste und Baukoordinierung - mit 39,8 %, im Stadtplanungsamt mit 44,2 %, im Bauordnungsamt mit 78,3 %, im Hochbauamt mit 245,5 % und im Tiefbauamt mit 91,8 % erfüllt

<b>Mehreinnahmen</b>	
<u>Amt 63</u>	
Erteilung von Baugenehmigungen für Großvorhaben (Möbel Höffner, Justizzentrum, Altenpflegeheime, Projekt Schulsanierung, Umbau Encke-Kaserne, Seniorenwohnanlage Birnengarten usw.)	167.200 EUR

<b>Mindereinnahmen</b>	
<u>Amt 66</u>	
Einnahmen aus Parkscheinautomaten (Aufstellung u. Bewirtschaftung zusätzlicher Parkscheinautomaten kann nicht realisiert werden – HKK 120)	820.000 EUR

Die Ausgaben wurden im FB 62 mit 34,8 %, im Stadtplanungsamt mit 31,8 %, im Bauordnungsamt mit 79,3 %, im Hochbauamt mit 60,1 %, im Tiefbauamt mit 50,9 % in Anspruch genommen.

<b>Mehrausgaben</b>	
<u>Amt 63</u>	
Ausgaben für Sachverständigengutachten, die im direkten Zusammenhang mit der Erteilung von Baugenehmigungen stehen	167.200 EUR

<b>Amt 66</b>	
steigende Kosten für Energie, Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen	300.000 EUR

Die Abarbeitung der Kassenreste aus dem Budget 6 erfolgt planmäßig.

Für das Budget 6 schätzt der Budgetverantwortliche zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Überschreitung am Jahresende von insgesamt 1.115.816 EUR (120,4 %) ein. Es werden Mindereinnahmen in Höhe von 656.950 EUR (aus Parkgebühren) und Mehrausgaben (für Energiekosten) in Höhe von 458.866 EUR erwartet.

**Hier müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.**

### 1.3 Quartalsvergleich ausgewählter Bereiche/Deckungskreise außerhalb der Budgetierung

Im Folgenden werden einzelne Positionen der in Anlage 2 aufgeführten Deckungskreise näher erläutert.

#### Position 11 – Deckungskreis Soziales (DKSOZ):

DKSOZ	Verfügbar Plan 2008	A-Soll 30.06.08	% 30.06.08	V-Ist 31.12.08	% 31.12.08
Einnahmen	30.569.700	11.043.112	36,1	23.000.800	75,2
Ausgaben	86.416.000	49.711.069	57,5	* 87.277.100	101,1
Zuschuss	55.846.300	38.667.956	69,2	64.226.300	115,2

\* In der voraussichtlichen Ist-Erfüllung ist nach Schätzung der ARGE ein Mehrbedarf in Höhe von 2.110.000 EUR für KdU enthalten.

Der Zuschuss im DKSOZ wurde in Höhe von 38.667.956 EUR mit 69,2 % erfüllt.

**In dieser Haushaltsrechnung sind bereits Zahlungen für den Juli enthalten (gehören damit nicht zur Abrechnung 30.06.2008) und Mehreinnahmen, die im Juni gebucht wurden und erst im Juli an das Land abgeführt werden.**

Zum Jahresende wird mit einem Mehrbedarf im Zuschuss von ca. 8.380.000 EUR gerechnet. Dieser resultiert aus der Mindereinnahme in Höhe von 7.568.900 EUR und einer Mehrausgabe in Höhe von 811.100 EUR.

#### **Einnahmen**

Der Schwerpunkt der voraussichtlichen Erfüllung per 31. 12. 2008 liegt in der Untererfüllung der Einnahmen für Kosten der Unterkunft (KdU). Hier wurden die bisher festgelegten 31,2 % (Entlastung v. Bund) geplant. Ab 2008 werden aber nur 28,6 % für Ausgaben KdU nach § 22 Abs. 1 u.7 erstattet. Weitere geplante Erstattungen vom Bund (Risikogröße) in Höhe von 6.748.400 EUR werden nicht erfolgen. Es kommt hier zu einer Mindereinnahme von insgesamt 7.993 500 EUR.

Weiterhin ist im UA 1.42000 "Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes" mit einer Mehreinnahme in Höhe von 489.000 EUR zu rechnen. Die Pauschalen für die Asylbewerber und abgelehnte Asylbewerber, die sich in der Erstattung befinden, konnten für 2008 nicht geplant werden, da der Erlass des Ministeriums des Innern erst im April 2008 beschlossen wurde.

#### **Ausgaben**

Bei den Ausgaben wird es insgesamt voraussichtlich zu einer Übererfüllung von ca. 811.100 EUR kommen. Mehrausgaben z. B. in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit

und für KdU werden durch Minderausgaben im Bereich Hilfen zur Gesundheit teilweise abgefangen.

*Begründung zu den Mehrausgaben:*

UA 48500 - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit – 205.000 EUR  
Die Regelsätze wurden zweimal angehoben, weiterhin wird ein Fallzahlenanstieg verzeichnet, da Übernahmen aus der ARGE erfolgt sind, viele Erwerbslose das 65. Lebensjahr erreicht haben, die Grundmiete teilweise erhöht wurde sowie die Krankenversicherungsbeiträge angestiegen sind.

UA 48200 – Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) - 2.110.000 EUR  
Die Einschätzung der Erfüllung basiert auf der Hochrechnung zum 1. Halbjahr 2008. Weiterhin wurden Betriebskostennachzahlungen und die steigende Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (Plan = 20.500/Ist = 21.784) berücksichtigt.

*Begründung zu den Minderausgaben:*

UA 41310 – Hilfen zur Gesundheit - Verringerung der Fallzahlen. -780.500 EUR

UA 42000 – Durchführung Asylbewerberleistungsgesetz - Verringerung der Fallzahlen. -545.500 EUR

UA 42010 - Geduldete -151.000 EUR  
Durch Anerkennung der Bleiberechte sinkt die Zahl der Leistungsempfänger

Position 13 - Deckungskreis Kinderförderungsgesetz (KiFöG):

UA 46400	verfügbarer Plan 2008	AOS 30.06.08	%	V-AOS 31.12.08	%
Einnahmen	15.254.000	14.878.427	97,5	15.404.200	100,9
Ausgaben	40.714.900	21.103.301	51,8	43.538.900	106,9
Zuschuss	25.460.900	6.224.874	24,4	28.134.700	110,5

Insgesamt wird ein Mehrbedarf im Zuschuss von ca. 2.673.800 EUR eingeschätzt. Mehrausgaben von 2.824.000 EUR können durch voraussichtliche Mehreinnahmen in Höhe von ca. 150.200 EUR geringfügig abgedeckt werden.

**Einnahmen**

UA 46400 – Kindertageseinrichtungen – Rückzahlungen – 600.000 EUR  
Nach abgeschlossener Verwendungsnachweisprüfung der Jahre 2003 - 2006 ergeben sich Rückzahlungen aus nichtanerkennungsfähigen Kosten, die verschiedene freie Träger erhalten haben. Weiterhin erfolgt die Finanzierung auf Basis der Berechnung Pro-Platz-Pauschale und damit wirken Meldungen der tatsächlichen Belegung auf die Zahlungen.

UA 46400 – Zahlungen vom Land – -454.800 EUR  
Entsprechend § 11 Abs. 1 KiFöG LSA beteiligt sich das Land an den Kosten der Tagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in Tagespflege. Für die Verteilung des Betrages ist die Zahl der im Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen im jeweils vorletzten Jahr betreuten Kinder maßgeblich. Für die Planung 2008 wurde die durchschnittliche tatsächliche Belegung von Plätzen zum Ansatz gebracht und mit dem Betrag pro Kind aus 2006 (103,09 EUR) multipliziert. Per Bescheid vom LVwA vom 12.03.2008 erhält die LH MD pro Kind eine Zuweisung von 98,56 EUR. Diese

Absenkung begründet die Mindereinnahme.

### **Ausgaben**

UA 45400 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtung und –pflege 1.547.200 EUR

In der HHSt. "Leistungen der Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen" wird eine Mehrausgabe in Höhe von ca. 1.547.200 EUR erwartet. Diese Mittel werden für die Übernahme bzw. Ermäßigung des Elternbeitrages für sozial bedürftige Eltern nach § 90 Abs. 3 SGB III und für die Tagespflege benötigt. Eine Deckungsquelle kann noch nicht angegeben werden. Bei der Ermittlung des voraussichtlichen Ist per 31. 12. 2008 erfolgte eine Hochrechnung aus den gemeldeten Zahlen der freien Träger für das I. Quartal 2008 sowie die steigende Anzahl von Anträgen auf Erlass und Ermäßigung, was durch die steigende Sozialbedürftigkeit der Eltern verursacht wird. Eine genaue Planung dieser Mittel ist in diesem Bereich nicht möglich.

UA 46400 – Tageseinrichtungen für Kinder – Zuschüsse an freie Träger 1.222.700 EUR

Entsprechend § 10 Abs.1 KiFöG LSA ist der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe verantwortlich für die Vorhaltung einer an den Bedürfnissen von Familien und Kindern orientierte, konzeptionell vielfältigen, leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen Struktur von Tageseinrichtungen. Bei der Zahlung der Pro-Platz-Pauschale begründet sich der Kostenanstieg auf die ansteigende Zahl an tatsächlich belegten Plätzen und findet auch in der Antragstellung der freien Träger auf Kostenerstattung seinen Niederschlag.

Durch ein Ansteigen der belegten Plätze erhöhen sich die Personalkosten, zusätzlich dazu kommen die entsprechenden Gehaltsanpassungen gemäß TVöD. Ein weiterer Kostenanstieg ist im Bereich der übrigen Betriebskosten zu verzeichnen. Diese werden u. a. verursacht durch den Anstieg der belegten Plätze und durch Mehrausgaben für Energiekosten. Eine Deckungsquelle für die Mehrausgaben in Höhe von 1.222.700 EUR kann noch nicht benannt werden.

UA 46400 – Tageseinrichtungen für Kinder – Erstattung an Gemeinden 78.600 EUR

In der o. g. HHSt. "Erstattung an Gemeinden" wird eine Mehrausgabe in Höhe von 78.600 EUR erwartet. Darin sind die Nachzahlungen für Magdeburger Hortkinder in einer Grundschule enthalten, die mit dem Umzug einer Magdeburger Schule nach Barleben im Jahr 2006 verursacht wurden. Da die Berechnungsgrundlage der Gemeinde fehlerhaft ist, ist die LH MD für die Rechnungen aus 2006 und 2007 in Widerspruch gegangen, der voraussichtlich 2008 zur endgültigen Klärung kommt. Wenn dies nicht erfolgt, entstehen die Kosten 2009. Eine Deckungsquelle für die Mehrausgaben kann noch nicht benannt werden.

### Position 14 - Deckungskreis Hilfe zur Erziehung (DKHzE):

DKHzE	verfügbarer Plan 2008	AOS 30.06.08	%	V-AOS 31.12.08	%
Einnahmen	1.122.000	511.586	45,6	1.123.100	100
Ausgaben	12.500.000	6.728.930	53,8	12.500.000	100
Zuschuss	11.378.000	6.217.344	54,6	11.376.900	100

Hier wird ein Minderbedarf von ca. 1.100 EUR eingeschätzt.

Position 15 - Deckungskreis Unterhaltsvorschussgesetz (UDUVG)

UDUVG	verfügbarer Plan 2008	AOS 30.06.08	%	V-AOS 31.12.08	%
Einnahmen	3.770.000	1.885.856	50,0	3.852.000	102,1
Ausgaben	3.770.000	2.374.457	62,9	3.770.000	100
Zuschuss	0	488.600		-82.000	

Die voraussichtliche Mehreinnahme liegt an der gestiegenen Fallzahl von Vätern, die zur Zahlung von Unterhalt veranlagt werden können bzw. müssen.

**2. Gesamteinschätzung Vermögenshaushalt**

Das Ergebnis des Vermögenshaushaltes per 30.06.2008 setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	<b>Ergebnis 30.06.2007</b>	<b>Ergebnis 30.06.2008</b> - in EUR -
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	40.704.256,81	52.382.884,97
- Abgang alter Kassenreste (C)	138.231,83	183.659,33
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste (A)	2.697.800,00	0,00
= Summe Soll-Einnahmen (E)	<u>37.868.224,98</u>	<u>52.199.225,64</u>
Anordnungssoll – Ausgaben (L)	22.679.439,57	22.232.879,27
- Abgang alter Haushaltsausgabereste (-A)	12.425.413,49	10.414.198,87
= Summe Soll-Ausgaben (E)	<u>10.254.026,08</u>	<u>11.818.680,40</u>
<b>Ergebnis:</b>	<b>27.614.198,90 EUR</b>	<b>40.380.545,24</b>

Der Vergleich der angeordneten Einnahmen und Ausgaben per 30.06.2008 zum Haushaltsplan 2008 zeigt zum Stichtag einen positiven Erfüllungsstand:

	<b>Ansatz 2008</b>	<b>AOS 30.06.2008</b>	<b>in %</b>
<b>Gesamtmittel</b>			
<b>Einnahmen</b>			
Plan 2008	70.743.400,00	52.382.884,97	74,0
HER 2007	0,00	0,00	0
<b>Gesamt</b>	<b>70.743.400,00</b>	<b>52.382.884,97</b>	<b>74,0</b>
<b>Ausgaben</b>			
Plan 2008	70.743.400,00	22.232.879,27	31,4
HAR 2007	17.020.100,00	5.972.001,13	29,8
<b>Gesamt</b>	<b>87.763.500,00</b>	<b>28.204.880,40</b>	<b>32,1</b>

Die Umsetzung der Maßnahmen des Investitionshaushaltes 2008 wurde durch die Verfügung des LVwA vom 18.01.2008 zur Haushaltssatzung 2008 geprägt. Von Seiten des LVwA gab es keine Beanstandungen. Für den Vermögenshaushalt 2008 wurden als Kriterien weiterhin die kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des LVwA als Arbeitsgrundlage eingesetzt, in dem nur Maßnahmen mit Planansätzen untersetzt wurden, die 70 % Förderung aufweisen, bei denen rechtliche Verpflichtungen bestehen sowie die zeitliche und sachliche Unabweisbarkeit gegeben ist.

Im Einzelplan 9 sind Mindereinnahmen in Höhe von 1.303.800 EUR zu verzeichnen. Die geplante Umschuldung wird nicht erfolgen, stattdessen wurde die teilweise Rückzahlung des KfW-Kredites in Höhe von 1.228.800 EUR mit der DS0036/08 beschlossen. Die außerordentliche Rückzahlung dient der Senkung des Schuldenstandes und der Entlastung des Haushaltes durch Wegfall von Zins- und Tilgungsleistungen in Höhe von ca. 320 Tsd. EUR p. a. bis 2012.

Dagegen stehen im Einzelplan 9 Minderausgaben in Höhe von 600.000 EUR. Hier werden durch die bereits 2007 statt 2008 erfolgte außerplanmäßige Rückzahlung eines Darlehens zur Beendigung der Zinsbindung (DS0333/07) in Höhe von 5,5 Mio. EUR, durch die o. g. Kreditrückzahlung und durch die Nichtaufnahme der Haushaltseinnahmereste 2006 die Tilgungsausgaben vermindert.

Vom Fachbereich Finanzservice wurde eine Fördermitteltabelle (**Anlage 3**) über alle veranschlagten Einnahmen (Fördermittel) des Haushaltsjahres 2008 zusammengestellt. Dem Realisierungsstand mit einer Fließquote von 15,26 % steht eine Bewilligungsquote der geplanten Fördermittel 2008 per 30.06.2008 von 59,13 % (15.256.100 EUR) gegenüber.

- EUR -

Fördermittel 2008	Ist per 30.06.2008	Bewilligungsquote	Fließquote
25.797.500	3.939.000	59,13 %	15,26 %

Die Bewilligungsbescheide für den 1. BA Neubau von 3 Kunstrasengroßspielfeldern und eines Rasengroßspielfeldes auf dem Gelände des Stadions und des 2. BA Neubau eines Umkleide- und Sanitärgebäudes sowie die Sanierung von 2 bestehenden Rasenspielfeldern auf dem Gelände des Stadions liegen vor. Der 1. BA ist beendet. Für den 2. BA wurden per 30.06.2008 bisher 143.800 EUR kassenwirksam. Für den 3. BA Sport- und Spielhallenumbau liegt noch keine Bewilligung vor, die Mittel sind für 2009 in der Prioritätenliste angemeldet.

Für die Maßnahmen – **Ortsumgehung Ottersleben, Zollbrücke, Berliner Chaussee und Straßenerneuerung Magdeburger Ring** - kann festgestellt werden, dass für sie als Fortführungsmaßnahmen zusätzlich zu den geplanten und bewilligten Mitteln aus dem Entflechtungsgesetz ein Antrag auf FAG-Mittel zur Förderung des Eigenanteils gestellt wurde. Sollten die Voraussetzung eines entsprechenden Bautenstandes zum Jahresende gegeben sein, erfolgt die Abforderung der Einnahmen. Insgesamt hat die LH MD dadurch Einnahmen in Höhe von 1.000.200 EUR erhalten.

Zum 30.06.2008 wird eingeschätzt, dass Mindereinnahmen aus **Straßenausbau- und Erschließungsbeiträgen** zum 31.12.2008 entstehen werden. Der Planansatz für Straßenausbaubeiträge beträgt 2008 1.775.700 EUR. Eingeschätzt wird zum 31.12.2008, dass nur 1.415.000 EUR kassenwirksam werden, d. h. es entstehen 360.700 EUR Mindereinnahmen, was einer Erfüllung von nur 79,69 % entspricht. Bei den Siedlungsstraßen Zipkeleber Weg, Merkurweg und Eichendorffstraße werden die geplanten Straßenausbaubeiträge nicht in der geplanten Höhe 2008 fließen.

Erläuterungen zu den Abweichungen:

#### **merkurweg**

Vor dem Ausbau des Merkurweges war geplant, die zukünftige Querung der Straßenbahntrasse nur fußläufig zu gestatten. Es wurde somit eine Wendeanlage geplant und gebaut.

Im Verlauf der Bauausführung wurde festgelegt, dass auch nach Bau der Straßenbahntrasse die Querung zum Kometenweg mit Kraftfahrzeugen möglich sein soll. Die hergestellte Wendeanlage ist somit nicht zwangsläufig für die Anlieger des Merkurweges erforderlich. Sie erhöht den durch den Ausbau entstandenen Vorteil der besseren Inanspruchnahmemöglichkeit der Verkehrsanlage nicht. Der Herstellungsaufwand für diese Wendeanlage musste als nichtbeitragsfähig vom Gesamtaufwand abgesetzt werden. Durch die Verringerung der beitragsfähigen Kosten kam es zu einer Verringerung der Einnahmen aus Beiträgen.

### **Eichendorfstraße**

In der Haushaltsstelle „Eichendorfstraße“ ist auch der Ausbau der Verkehrsanlage „Mörickestraße“ enthalten. Für die Ausbaumaßnahme „Mörickestraße“ ist die sachliche Beitragspflicht noch nicht entstanden, somit konnten noch keine Beiträge erhoben werden. Der Bereich von Breitscheidstraße bis kurz hinter der Hauffstraße ist ausgebaut. Der restliche Bereich bis Lenastraße wird voraussichtlich erst ausgebaut, wenn Klarheit über die weitere Nutzung anliegender Grundstücke besteht. Die Möglichkeit der vorzeitigen Refinanzierung besteht im Rahmen einer Abschnittsbildung „Mörickestraße von Breitscheidstraße bis Hauffstraße“. Dazu ist ein Beschluss des StBV-Ausschusses erforderlich. Dieser wird in 2008 herbeigeführt. Die Beitragserhebung für diesen Abschnitt erfolgt dann in 2009.

### **Zipkeleber Weg**

Die Ermittlung der voraussichtlichen Einnahmen aus Beiträgen beruhte zum Zeitpunkt der Einstellung in den Haushaltsplan auf der damaligen Sach- und Rechtslage. Zu diesem Zeitpunkt galt die Zweite Straßenausbaubeitragsatzung (SABS) mit ihrer Vorverteilungsregelung für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Weiterhin wurden die noch bebauten Grundstücke der ehemaligen „Roten Armee“ als nicht der Wohnnutzung dienenden Grundstücke berücksichtigt. Zum Zeitpunkt der Erhebung musste die Neufassung der SABS angewendet werden. Die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke wurden jetzt auch mit einem entsprechenden Nutzungsfaktor bei der Verteilung des umlagefähigen Aufwandes berücksichtigt. Somit kam es zu einer Verschiebung der Beitragslast auf die anderweitig genutzten Grundstücke. Folglich kam es zu höheren Beitragsausfällen aus Vergünstigungsregelungen der SABS (übergroße Grundstücke und mehrfach erschlossene Grundstücke) bei diesen Grundstücken. Insbesondere aber resultierte ein großer Beitragsausfall aus den mittlerweile unbebauten Grundstücken der ehemaligen „Roten Armee“. Diese Grundstücke sollen nach Flächennutzungsplan zukünftig der Wohnnutzung dienen. Bei diesen Grundstücken kam somit auch die Vergünstigungsregelung für übergroße Wohngrundstücke zur Anwendung.

Zur Minderung der Einnahmeausfälle werden in 2008 acht zusätzliche Maßnahmen abgerechnet. Die Einnahmen aus diesen Maßnahmen betragen voraussichtlich 300.000 Euro.

Der Fachbereich 62 bewirtschaftet Maßnahmen mit geplanten Einnahmen (Fördermittel) in Höhe von 2.204.000 EUR. Davon wurden im Berichtszeitraum bereits 2.266.700 EUR realisiert. Das entspricht einer Erfüllung von 100,28 %.

Die Abarbeitung der finanziellen Mittel für die **3 IZBB-Maßnahmen** – GS Lindenhof, Sek. Weitling und Sek. Th. Müntzer – wird 2008 weitergeführt. Die entstandenen Haushaltsausgabereste 2007 in Höhe von insgesamt 2.781.200 EUR sind per 30.06.2008 kassenwirksam bzw. mit Aufträgen untersetzt.

Die Maßnahmen des Stadtplanungsamtes mit einem Volumen von 15.125.500 EUR wurden per 30.06.2008 in Höhe von 1.732.300 EUR kassenwirksam und in Höhe von 8.955.900 EUR mit Aufträgen untersetzt. Fördermittel für die Maßnahmen des Amtes 61 sind bisher nur in Höhe von 482.700 EUR geflossen (Planansatz 2008 = 10.826.200 EUR). Der Abruf der Fördermittel richtet sich nach dem Bautenstand.

**Haushaltsausgabereste aus 2007**, die das Stadtplanungsamt bewirtschaftet, werden in Höhe von 16,1 Tsd. EUR nicht mehr in Anspruch genommen. Dies betrifft den Stadtumbau/Aufwertung PJ 02 und PJ 03 in Höhe von 1,2 Tsd. EUR durch Kosteneinsparungen bei Einzelvorhaben sowie die Instandsetzung von denkmalgeschützten Objekten durch Kosteneinsparungen sowie Aufhebung eines Zuwendungsbescheides. Insgesamt sind die Haushaltsausgabereste zwischenzeitlich abgerechnet. Die zz. noch offene Differenz ist der zeitlichen Bearbeitung der Anordnungen durch die Stadtkasse geschuldet.

Für die Fortführung der Städtebauförderprogramme liegen die Bewilligungen für das Programmjahr 2008 (Haushaltsjahre 2008-2012) noch nicht vor.

Für den laufenden städtischen Haushalt des Haushaltsjahres 2008 bezieht sich dies auf die Haushaltsstellen 2.61501-03 (Sanierungsgebiet Buckau) und 2.61501-28 (Stadtumbau/Aufwertung).

#### **Stadtumbau/Aufwertung:**

- Bei dem Einzelvorhaben Kaserne Mark gibt es Zeitverzögerungen durch die Insolvenz der Firma Ibe. Hier sind Leistungen neu zu vergeben.
- Bei dem Einzelvorhaben Russisch-Orthodoxe-Kirche (Neubau) wurde dem Antragsteller durch den OB eine Frist zur Nachweisführung des weiteren Bauablaufes sowie Beibringung von prüffähigen Unterlagen bis Anfang Sept. 2008 gewährt. Eine fristgerechte Abarbeitung, auch unter den Gesichtspunkten des bisherigen Ablaufes, erscheint damit nicht mehr möglich. Zur Disposition (Umverteilung) stehen hier **34.000 EUR** vor (HAR).
- Am realisierten Teilbereich Sportkomplex Tonschacht gibt es zz. Rechtsstreitigkeiten zur Mängelbeseitigung. Offene Restmittel werden derzeit nicht an die bauausführende Firma ausgezahlt. Damit ist die Abrechnung des Planervertrages zz. nicht möglich. Es wird eingeschätzt, dass bis zum Jahresende die Problematik ausgeräumt ist.
- Das beantragte Einzelvorhaben Sanierung Kita „Fliederhof“ soll nicht mehr realisiert werden. Die Problematik der bestätigten und teilweise abgerechneten Planerverträge ist mit dem Zuwendungsgeber kurzfristig zu klären (Förderfähigkeit).
- Im Programmjahr 2006 wurden vorrangig Abrissvorhaben der Infrastruktur gefördert.
- Auch durch die vom Zuwendungsgeber sehr kurzfristig geforderte Beantragung von Einzelvorhaben konnten nur überschlägig ermittelte Kosten für die Einzelvorhaben beantragt werden. Mit der Abarbeitung der einzelnen Vorhaben wurden nun diverse Umverteilungen erforderlich, die jeweils mit zeitaufwändigen Beantragungen und Umbewilligungen einhergingen. Dies trifft nunmehr auch auf das Einzelvorhaben Abriss Kita Neustädter Str. 22 zu, bei dem die bewilligten Mittel u. a. auch aufgrund des hohen Anteils Medienrückbau SWM nicht ausreichen. Hier muss ebenfalls eine Umbewilligung beantragt werden, um alle Kosten abzufangen.
- Aufgrund des zeitlich engen Förderzeitraumes, besonders für das Einzelvorhaben „Elbebahn“ (Leistungen ausschließlich bis Sept. 2008 und damit auch Verwendungsnachweis 2008) wird aus heutiger Sicht eingeschätzt, dass nicht alle Einzelleistungen realisiert werden können. Für den Anleger werden nur Teilleistungen erbracht,

so dass weniger Fördermittel (EU- u. Städtebaufördermittel) in Anspruch genommen werden können.

### **Instandsetzung denkmalgeschützte Objekte (2.61511-01)**

Bisher wurden von den 76,7 Tsd. EUR (HHP) 53,5 Tsd. EUR bewilligt. Weitere (teilweise sehr unvollständige) Anträge liegen im Amt vor. Bei einer Gesamtuntersetzung der 76,7 Tsd. EUR wird auch aufgrund des derzeitigen Abarbeitungsstandes der zum Teil schwierigen denkmalgerechten Leistungen mit einem **Haushaltsausgabereist** in Höhe von ca. **40.000 EUR** gerechnet. Insgesamt wird vom Amt 61 eingeschätzt, dass Haushaltsausgabereiste 2008 in Höhe von 100.100 EUR entstehen werden.

**Das Amt 66** bewirtschaftet 2008 **8.771.700 EUR Ausgaben** und **4.316.300 EUR Einnahmen**. Die Kassenwirksamkeit liegt bei den Ausgaben mit 855.000 EUR bei 10 % und bei den Einnahmen mit 1.675.300 EUR bei 38 %. Die Beauftragung der Ausgaben liegt bei 7.600.800 EUR. Haushaltsausgabereiste werden vom Amt 66 per 30.06.2008 in Höhe von 140.000 EUR avisiert.

Zusätzlich konnten 3 Straßen (Dorfstraße, Engel-Privatweg und Leitzkauer Weg) außerplanmäßig saniert werden (DS 0043/08) in Höhe von 714.400 EUR. Ebenfalls konnten durch Umschichtung und Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln die Klinkenbrücke Schönebecker Straße und die Brücke MR/Salbker Chaussee erneuert werden. Beide Brücken werden mit einem Gesamtwert von rund 1,9 Mio. EUR 2008 und 2009 saniert. Für beide Vorhaben wurden Fördermittel beantragt und genehmigt.

Mit Datum vom 06.03.2008 erhielt die LH MD vom LVwA die Mitteilung über die Aufnahme von Vorhaben in das Mehrjahresprogramm 2008 – 2012 zur Förderung des kommunalen Straßenbaus aus Bundesmitteln nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG).

Die Einschätzung der Abarbeitung der Investitionsmaßnahmen und damit die Bildung von Haushaltsausgabereisten zum 31.12.2008 ist per 30.06.2008 sehr schwierig. Aus Sicht des Fachbereiches Finanzservice ist eine Einschätzung der Haushaltsausgabereiste zum 31.12.2008 zum jetzigen Zeitpunkt mit 6,9 Mio. EUR nicht realistisch. Z.B. geht das Tiefbauamt in seiner Einschätzung zu den neu zu bildenden Haushaltsausgabereisten 2008 nur von 140.000 EUR aus. Die Bildung von Haushaltsausgabereisten wird mit Sicherheit aus der Erfahrung der Vorjahre zum 31.12.2008 höher ausfallen als per 30.06.2008 eingeschätzt wurde.

In der **Anlage 5** wird die Inanspruchnahme der Budgets im Vermögenshaushalt dargestellt.

Zimmermann

#### Anlagen:

- Anlage 1 – Quartaleinschätzung Budgets 0 – 6 Verwaltungshaushalt
- Anlage 2 – Inanspruchnahme Deckungskreise Verwaltungshaushalt
- Anlage 3 – Übersicht über Fördermittel Vermögenshaushalt
- Anlage 4 – Stand Mittelabfluss Vermögenshaushalt
- Anlage 5 - Quartaleinschätzung Budgets 0 – 6 Vermögenshaushalt

